



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**10. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.06.2024
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:20 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Renate Prüß - SPD & FW

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU

Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender

Volker Nehrhoff - CDU

Vertretung für: Frau Michelle Akyurt

Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für: Herrn Helmut Müller-Lorsen

Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende

Gregor Voht - SPD & FW

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Sandra Odendahl - SPD & FW

Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI

Nil Gersdorf - CDU

Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW

Delf Kröger - CDU

Max Manegold - FDP

Annemarie Pirk - AfD

Vertretung für: Herrn Rainer Holtz

**Beiratsmitglieder**

Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen

Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen

Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen

**Verwaltung**

Daniel Blank - FBC FB 2

Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	bis TOP 6.1; 16.45 h
Sabine Klawitter - Personalrat SIE	bis TOP 6.1; 16.45 h
Stefan Meierhoff - Personalrat FB 2	nur öffentlicher Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	nur öffentl. Teil
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentl. Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentl. Teil
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Michelle Akyurt - CDU	entschuldigt
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Rainer Holtz - AfD	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.05.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE	<b>VO/2024/13075</b>
3.1.1	Antwort auf Anfrage AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE	<b>VO/2024/13075-01</b>
3.2	Kurzantwort zu verschlossenen Türen in der Notunterkunft Kalkbrenner Straße	
3.3	Info Sachstand Senior:innentreff St. Lorenz Süd - Ausschreibung/Vergabe	
3.4	NEU: Information zu den Überweisungsbeschlüssen aus der Bürgerschaft	
3.5	NEU: Sachstand Runder Tisch "Food Sharing"	
4	Berichte	
4.1	Genehmigung des Wirtschaftsplans 2024 der SIE	<b>VO/2024/13254</b>
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Lothar Möller: QuarTier - Unterkunft für Menschen ohne Obdach mit Tier	<b>VO/2024/13069</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erstellung eines Konzeptes zur Einführung von Housing First Projekten	<b>VO/2023/12143</b>
7.1.1	Konzept Housing First zum Haushaltsbegleitbeschluss CDU, BÜ 90 / Grüne und FDP - Haushalt 2024 (Punkt 2.6)	<b>3/12437-02-01-02</b>
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	

15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie entschuldigt das Fehlen der Senatorin, die leider erkrankt ist.

Die Vorsitzende trägt vor, dass TOP 3.3 – Darstellung der auslaufenden Unterkünfte für Geflüchtete gem. der versandten Einladung aus Gründen der Sicherheit in den nichtöffentlichen Teil unter TOP 11.1 zu verlegen ist. Die folgenden TOPs werden entsprechend aufrücken. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Änderung der Tagesordnung.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis TOP 14 en bloc einzeln abstimmen:

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Blank, Frau Hartfuß, Frau Schwartz und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Annetarie Pirk mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

#### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.05.2024**

Frau Timmermann berichtet, dass Herr Müller-Lornsen schriftlich eine Korrektur des TOP 3.5 des letzten Protokolls eingereicht hat.

Das Protokoll wird wie folgt korrigiert:

„Herr Müller-Lornsen erfragt, warum in der Unterkunft Kalkbrenner Straße die Türen nicht verschließbar sind und ob der Strom dort ab 22 Uhr abgeschaltet wird.“

Weitere Einwendungen gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich die Niederschrift.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE  
Vorlage: VO/2024/13075**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

1. Laut dem Bericht sollen die vollständigen Ziele der SIE bis 2030 nur mit einem Neubau auf dem Grundstück d. Firma Jührs erreichbar sein. Dazu gibt es bisher kaum weitere Informationen, deshalb wird um die Beantwortung der folgenden Fragen dazu gebeten:
  - Soll das Grundstück gekauft werden? Wenn ja, was kostet es?
  - Soll das Gebäude vom Grundstückseigentümer errichtet werden? Wenn ja, ist diese Verhandlung mit dem Vergaberecht vereinbar?
  - Sollen Grundstück und Gebäude gekauft oder gemietet werden?
  - Ist die Neubaukostenkalkulation vergleichbar mit den Kostenansätzen der Machbarkeitsstudie?
2. Welchen Vorteil bietet es für die SIE, das betreute Wohnen unter dem Dach der SIE anzubieten, wenn sowieso die Trave die Verwaltung übernehmen soll? Warum macht das nicht gleich die Trave ohne die SIE?
3. Bitte die Wirtschaftlichkeit des Aufbaus eines ambulanten kommunalen Pflegedienstes darstellen.
4. Soll die Pflege der Bewohner\*innen in den Wohnungen des betreuten Wohnens durch einen eigenen kommunalen noch aufzubauenden Pflegedienst übernommen werden? Wenn ja, warum? Ist geplant, im Rahmen des betreuten Wohnens auch eine Kooperation mit bereits bestehenden Pflegediensten einzugehen? Wenn ja, wie sehen die Pläne dazu konkret aus?
5. Warum soll die Prassekstraße noch über das Jahr 2030 hinaus betrieben werden, obwohl beschrieben wird, dass eine Einrichtung mit 70 Plätzen nicht wirtschaftlich betrieben werden kann? Quantitativ müsste die Einrichtung ja eigentlich nicht mehr erforderlich sein, wenn der Behnckenhof jetzt weiterbetrieben wird und warum wurde keine Machbarkeitsstudie für die Prassekstr. beauftragt?
6. Warum lohnt sich für den Eigentümer eine Sanierung des Behnckenhofes, aber nicht für die ehem. Gebäude der VT? Was ist dort anders?
7. Bei Übernahme der Immobilien von der Stiftung sollte der Finanzbedarf bis 2025 für die Instandhaltung bei 7 Mio EUR liegen. Die tatsächlich ausgegebenen Kosten für 2023, sowie die geplanten Kosten für 2024 haben Sie bereits übersandt. Haben Sie auch schon geplante Kosten für 2025?

8. In welchem Umfang können die Stellen für das Gebäudemanagement der SIE durch die Pflegeentgelte refinanziert werden und wenn nicht vollständig, welche Verluste entstehen den SIE dadurch voraussichtlich in den kommenden Jahren?
9. Könnten die Machbarkeitsstudien bitte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dem Bericht angehängt werden?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.1.1 Antwort auf Anfrage AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE  
Vorlage: VO/2024/13075-01**

Frau Siegenbrink hat zudem eine Nachfrage zu dem ambulanten Pflegeangebot. Herr Wa-dehn erläutert die Begrifflichkeit.

Frau Siegenbrink erfragt, ob das Projekt an der Umsetzung des Standortes Schwartauer Landstraße hängt. Frau Hartfuß erklärt, dass es sich bei dem Standort Schwartauer Landstraße nur um eine Option handelt und dazu noch nichts abschließend berichtet werden kann.

Herr Müller stellt fest, dass die Fraktion DIE LINKE weiterhin das Ziel verfolgen wird, eine kommunale ambulante Pflege umzusetzen, weil auch insbesondere in den Randgebieten eine große Unterversorgung besteht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Anfrage AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen im Ausschuss für Soziales am 05.03.2024.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### **zu 3.2 Kurzantwort zu verschlossenen Türen in der Notunterkunft Kalkbrenner Straße**

Frau Schwartz erklärt, dass die Haustür 24/7 geöffnet ist und jede:r Bewohner:in einen Schlüssel für seinen eigenen Wohnraum hat.

Sie bestätigt, dass aus Sicherheitsgründen der Strom abgeschaltet werden muss. Die Bewohner:in verstoßen regelmäßig gegen die Hausordnung und es wird aus Brandschutzgründen der Strom ab 22 Uhr abgeschaltet.

Frau Siegenbrink fragt nach, ob man dann auch kein Handy laden kann.

Frau Schwartz bestätigt, dass alle Steckdosen abgeschaltet werden, weil erfahrungsgemäß mögliche Brandgefahren nicht abgewendet werden können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.3 Info Sachstand Senior:innentreff St. Lorenz Süd - Ausschreibung/Vergabe**

Herr Wulf gibt den aktuellen Stand bekannt. Frau Siegenbrink verweist auf die Räumlichkeiten der ehem. Drogerie Weinert, die sich für den Treff gut eignen könnten.

Herr Wulf stellt dar, dass die Raumfrage von dem Träger zu klären ist. Bisher haben die Träger auch bei allen anderen Senior:innen-Treffs die Räumlichkeiten selbst angemietet oder aber es sind eigene Räumlichkeiten vorhanden.

Die Leitung vom Mittagstisch im Hansering erhält vom Ausschuss das Rederecht und bekräftigt, dass ein Standort am Hansering genommen werden muss, da sich dort die älteren Mitmenschen treffen können. Der Standort Kolberger Platz ist keine Alternative.

Herr Voht hinterfragt, ob die Gemeinnützigkeit schon vom Bewerber:in bestehen muss, oder ob es auch ausreichen würde, wenn die Gemeinnützigkeit angestrebt wird.

Herr Wulf erklärt, dass vor dem Hintergrund fachlicher Standards Erfahrungen in der Arbeit mit älteren Menschen und bei der Gewinnung und Begleitung von ehrenamtlich Tätigen erwartet werden. Dies ist bei allen geförderten Treffs der Fall. Zur Frage des Standorts merkt er an, dass es diese Diskussionen immer wieder auch an anderen Standorten gibt, dass es jedoch aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich sei, es allen recht zu machen. Die Erwartung beim neuen Treff in St. Lorenz-Süd ist selbstverständlich eine möglichst zentrale Lage und gute Erreichbarkeit.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.4 NEU: Information zu den Überweisungsbeschlüssen aus der Bürgerschaft**

Frau Schwartz berichtet, dass zu den Überweisungsbeschlüssen zum Thema Schulentwicklungsplanung Förderzentren im Bereich Soziale Sicherung keine Zuständigkeit besteht.

Grundsätzlich obliegt hier die Verantwortung dem Bereich Schule und Sport und damit auch dem Schul- und Sportausschuss. Außerdem erinnert sie daran, dass der Bereich 2.500 gemäß Beschluss der Bürgerschaft zum 01.01.2024 gerade die Fallsachbearbeitung für behinderte Kinder und Jugendliche an den Fachbereich 4 – Jugendhilfe abgegeben hat, was auch im Ausschuss berichtet wurde, und daher die Zuständigkeit im Jugendhilfeausschuss gesehen wird.

Herr Müller verteidigt die Verweisung in den Ausschuss für Soziales damit, dass im Schul- und Sportausschuss nur Lehrer sitzen und der größere Sachverstand für Themen um Behinderung und Inklusion im Ausschuss für Soziales gesehen wird.

Frau Schwartz bekräftigt aber dennoch die Tatsache, dass der Ausschuss für Soziales nicht zuständig ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.5 NEU: Sachstand Runder Tisch "Food Sharing"**

Frau Siegenbrink verweist zu diesem Thema auf die vorangegangenen Ausschusssitzungen und Vorhaben gem. der Niederschriften und erbittet einen Sachstand und insbesondere wer hier die Federführung nun innehat.

Die Verwaltung wird dazu in einem kommenden Ausschuss berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Genehmigung des Wirtschaftsplans 2024 der SIE  
Vorlage: VO/2024/13254**

Frau Gröschl-Bahr hält es für sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Veranstaltung in großer Runde unter Beteiligung der Öffentlichkeit zur sachlichen Aufbereitung zum Thema „Finanzierung von Pflegeeinrichtungen“ stattfinden würde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Als Anlage wird das Schreiben der Kommunalaufsicht zum Wirtschaftsplan 2024 der SIE zur Kenntnis gegeben.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 Lothar Möller: QuarTier - Unterkunft für Menschen ohne Obdach mit Tier  
Vorlage: VO/2024/13069**

Herr Voht stellt für die Fraktion SPD und Freie Wähler folgenden Änderungsantrag:

*„Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Träger:innen der Obdachlosenunterkünfte und den Akteur:innen des Tierschutzes in Lübeck, Möglichkeiten zu prüfen, Plätze für die Unterkunft von obdachlosen Menschen mit Tieren – insbesondere Hunden – zu schaffen.“*

Herr Dr. Grohmann erfragt den aktuellen Stand in Lübeck.

Frau Schwartz berichtet, dass aktuell die Unterkunft am Volksfestplatz für obdachlose Männer mit Tier zur Verfügung steht. Sie stellt aber auch deutlich klar, dass es nur möglich ist, wenn das Zusammenspiel Mensch und Tier funktioniert und das Tier sozialverträglich ist. Im Sophie-Kunert-Haus und im Bodelschwinghaus ist eine derartige Unterbringung aufgrund der Raumstruktur nicht möglich. Zudem berichtet sie, dass es ungefähr eine Anfrage im Quartal gibt.

Die Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.  
Der Ausschuss beschließt einstimmig gem. des Änderungsantrags.

**Beschluss:**

**Der Bürgermeister wird beauftragt, den Kontakt zu den Trägern der Sozialverbände aufzunehmen und prüft die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Tierschutz eine Unterkunft für obdachlose Menschen mit Tieren – insbesondere Hunden – zu etablieren.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gem. des geänderten Antrags zu entscheiden.

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erstellung eines Konzeptes zur Einführung von Housing First Projekten  
Vorlage: VO/2023/12143**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, der Bürgerschaft spätestens bis zur Haushaltssitzung im September 2023 aufbauend auf den Erfahrungen der Diakonie Nord Nord Ost ein Konzept zur Einführung von Housing First zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Lübeck vorzulegen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.1.1 Konzept Housing First zum Haushaltsbegleitbeschluss CDU, BÜ 90 / Grüne und FDP - Haushalt 2024 (Punkt 2.6)  
Vorlage: 3/12437-02-01-02**

Frau Siegenbrink erklärt, dass sie anstelle einer Vorlage, eine Vorstellung des Projektes erwartet hatte.

Frau Prüß erklärt, dass diese Vorlage das Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe ist und es demnach keiner zusätzlichen Vorstellung mehr bedarf.

Frau Siegenbrink erläutert, dass ursprünglich 50.000,00 Eur und 1 Stelle per Haushaltsbegleitbeschluss beschlossen wurden und aus dieser Vorlage nun ersichtlich ist, dass nur 10.000,00 Eur für 2024 benötigt werden.

Frau Schwartz berichtet, von der Vereinbarung in der Arbeitsgruppe, dass Housing First ein Baustein der bestehenden Wohnraumhilfe umgesetzt wird. Eine Finanzierung erfolgt über eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung.

Das gemeinsame Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe sieht zudem vor, die nichtgenutzten Mittel für die Stärkung der Prävention zu nutzen. Hierzu soll zunächst ein Konzept erarbeitet werden und ein separater Beschluss erstellt werden. Die Mieterberatung, die auch schon im Ausschuss diskutiert wurde, betrifft einen anderen Personenkreis.

Herr Dr. Grohmann bedankt sich für die Vorlage und beantragt die punktweise Abstimmung, da er hier in Punkt 3 Beratungsbedarf sieht bzw. die Einführung einer Mieter:innenberatungsstelle befürchtet.

Herr Voht erklärt, dass es bei Punkt 3 der Vorlage um ein konkretes Handeln geht und nicht um eine Beratung.

Frau Gröschl-Bahr erklärt, dass Prävention zum Konzept gehört – auch in Finnland, wo Housing First erfunden wurde – und äußert ihr Unverständnis, warum ein Teilergebnis der Interfraktionellen Arbeitsgruppe jetzt gestrichen werden soll.

Frau Siegenbrink erfragt, wann das Projekt starten kann.

Frau Schwartz erklärt, da es die Vergütungsvereinbarungen bereits gibt, kann es dort nur ergänzt werden und dann zeitnah begonnen werden kann, entsprechende Wohnungen zu suchen.

Frau Siegenbrink erfragt, warum zwingend Transferleistungsbezug nötig ist.

Frau Schwartz stellt dar, dass sich in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe neben der Absprache bei dem Personenkreis auch auf den Leistungsbezug als Grundvoraussetzung geeinigt wurde (wie in Hamburg).

Herr Voht erklärt, dass er keine Konkurrenz zu dem anderen Auftrag zu den Mieter.innenberatungsstellen sieht und die Stelle und die Restmittel bei einer Ablehnung des 3. Beschlussvorschlages der allg. Haushaltskonsolidierung zugeführt werden

Weiter sprechen Herr Müller und Frau Siegenbrink, die eine Vertagung vorschlägt, bis die Arbeitsgruppenmitglieder im Ausschuss anwesend sind. Herr Manegold erfragt, bis wann das Konzept in Ziffer 3 vorliegen wird und hinterfragt erneut den zwingenden Transferleistungsbezug.

Frau Schwartz erklärt, dass ein Termin zur Vorlage des Konzeptes aufgrund von personellen Engpässen nicht genannt werden kann.

Nachdem nochmal im Protokoll der Arbeitsgruppe nachgelesen wurde und Auszüge aus der Ergebnispräsentation der interfraktionellen Arbeitsgruppe gezeigt wurden, bestätigt Frau Schwartz erneut, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppe war, dass ein Transferleistungsbezug zwingend notwendig ist, um am Housing First teilnehmen zu können.

Frau Dr. Schleker verweist auf die Erkenntnisse der WHO, wonach Housing First ein Präventionsprojekt ist und wirbt für die Zustimmung zu dem Beschlusspunkt 3 der Vorlage.

Frau Siegenbrink schlägt vor, über 1 und 2 abzustimmen und Punkt 3 zu vertagen

Herr Voht erläutert, dass der vorgesehenen Gremienlauf dieser Vorlage eine heutige Entscheidung zwingend erforderlich macht.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Dr. Grohmann zur punktweisen Abstimmung abstimmen:

Mit 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wird die punktweise Abstimmung beschlossen.

Frau Prüß lässt über Punkt 1 der Vorlage abstimmen.

Punkt 1 der Vorlage wird einstimmig so beschlossen.

Frau Prüß lässt über Punkt 2 der Vorlage abstimmen.

Punkt 2 der Vorlage wird einstimmig so beschlossen

Frau Prüß lässt über Punkt 3 der Vorlage abstimmen.

Punkt 3 der Vorlage wird mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abschließend bezweifeln Herr Müller und Frau Gröschl-Bahr die Sinnhaftigkeit von interfraktionellen Arbeitsgruppen, wenn die Ergebnisse dann nicht anerkannt werden.

**Beschluss:**

- 1.) Das Projekt Housing First soll als ein weiterer Baustein das Lübecker Konzept der Wohnraumhilfe ergänzen und in 2024 starten. Personen, welche die Voraussetzungen erfüllen, sollen über den Projektzeitraum insgesamt 10 Wohnungen mit einem direkten unbefristeten Mietvertrag zur Verfügung gestellt werden.
- 2.) Das Projekt ist auf 3 Jahre angelegt und soll, so wie auch das Gesamtkonzept der Wohnraumhilfe, begleitend evaluiert werden.
- 3.) Präventive Maßnahmen zur Fortsetzung des Mietvertrages bzw. zur Vermeidung des Wohnungsverlusts sollen weiter ausgebaut werden. Hierfür wird ein entsprechendes Konzept erstellt, aus dem sich auch ein Beschlussvorschlag über die Verwendung der Restmittel der im Haushalt 2024 für das Projekt Housing First zur Verfügung gestellten Mittel und der Personalstelle ergeben wird.

<b>Abstimmungsergebnis: punktweise Abstimmung</b>  <b>Punkt 1 – einstimmig Punkt 2 einstimmig Punkt 3 - abgelehnt</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales hat eine punktweise Abstimmung durchgeführt. Für Punkt 1 und 2 der Vorlage hat der Ausschuss einstimmig zugestimmt und empfiehlt der Bürgerschaft entsprechend der Vorlage zu beschließen. Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft zu Punkt 3 der Vorlage mit 8 Nein-Stimmen und 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abzulehnen.

**zu 8      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:11 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Lübeck, den 18. Juni 2024

Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung